



Allen Leserinnen und Lesern  
friedliche Feiertage  
und ein gesundes und  
erfolgreiches Jahr 2010!

Foto: Jürgen Gabelin

## 2011 im Blick

Ein für DIE LINKE erfolgreiches Jahr liegt hinter uns. Ein fulminanter Erfolg bei der Bundestagswahl, ein großartiges Ergebnis beim Volksentscheid über den Ethikunterricht. Viel bewegt haben wir auch: der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor wurde weiter ausgebaut, ein fortschrittliches Schulgesetz auf den Weg gebracht, die personelle Kita-Ausstattung wird verbessert, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an die Zahlung von Mindestlöhnen gekoppelt.

Doch all das kann kein Grund sein, sich auszuweichen. Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise schlagen auch auf Berlin durch und sie treffen wie immer die ohnehin schon sozial Benachteiligten als Erste und besonders hart. Die Politik der neuen Bundesregierung wird da keine Abhilfe schaffen, vielmehr droht sie die Situation in vielen Bereichen noch zu verschärfen. Dagegen den Protest und Widerstand zu stärken, wird eine der Aufgaben der LINKEN in den nächsten Jahren sein.

Die andere ist, dass wir unser Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit in Berlin weiter schärfen müssen. Wir wollen Ideen vorlegen, wie wir der sozialen Spaltung der Stadtgesellschaft begegnen können. Vor allem aber wollen und müssen wir die breite Debatte darüber in der Partei und mit den Menschen in der Stadt führen. Nur wenn es uns im nächsten Jahr gelingt, gemeinsam mit anderen eine Perspektive für die weitere soziale Gestaltung Berlins zu entwickeln, werden wir 2011 wieder Erfolg haben. Lasst uns jetzt die Diskussion anfangen.

■ Klaus Lederer, MdA, Landesvorsitzender

## Gemeinsinn und Verantwortung

### Start für Rot-Rot in Brandenburg

DIE LINKE und die SPD regieren erstmals gemeinsam Brandenburg – in schwierigen Zeiten, aber mit dem klaren Ziel, dass unser Land erfolgreich auf dem Erreichten aufbauen, die gegenwärtige Krise meistern und in eine gute Zukunft für alle Bürger/innen gehen kann. Diese Koalition wurde möglich, aber vor allem notwendig (!), weil neue Herausforderungen auf die Tagesordnung gerückt – und weil ältere, schon über längere Zeit gewachsene nicht mehr zu ignorieren sind:

Da ist natürlich zunächst die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Zugleich stehen wir vor der Bilanz eines über zehnjährigen Reformzyklus, der Wirtschaft, Arbeitswelt, Finanzsystem und Sozialstaat tiefgreifend verändert hat. Wir stehen vor den Ergebnissen der Transformation Ostdeutschlands und vor gravierenden regionalen Ungleichgewichten. Und wir stehen in der Anfangsphase der Wissensgesellschaft. Union und FDP einerseits, SPD und LINKE andererseits, die Grünen mal hier, mal da suchen überall in Deutschland darauf ihre Antworten. Rot-Rot in Brandenburg kann dabei anknüpfen an das, was in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern bereits gedacht, erprobt und erreicht wurde.

Sozial, wirtschaftlich robust und zukunftsorientiert, libertär, ökologisch, europäisch: Das könnten in ein paar Jahren die Markenzeichen unseres Landes sein. Rot-Rot in Brandenburg

betont, dass der moderne Sozialstaat eine zivilisatorische Errungenschaft ist, die verteidigt und – gerade deshalb – immer wieder erneuert werden muss.

Schwarz-Gelb geht einen anderen Weg. Frau Merkel hat die Bewältigung der Krisenfolgen zum Thema Nr. 1 erklärt – doch was ist das wert? Eine halbe Milliarde Euro fehlt allein Brandenburg im Haushalt 2010 – doch Union und FDP halten die Schuldenbremse hoch. Dazu dann der Steuersenkungswahn, der Brandenburg noch einmal bis 100 Mio. Euro kosten kann. Den Nutzen daraus ziehen die, die viel Steuern zahlen. Denen, die kaum oder wie Niedriglöhner gar keine Steuern zahlen, bringt es keinen Gewinn, sondern Verlust an sozialen Leistungen, an öffentlicher Daseinsvorsorge. Dem wird sich Rot-Rot entgegenstellen. Gleichwohl werden uns harte Abwägungen und Entscheidungen nicht erspart bleiben. Nicht alles, was gut für Einzelne, für Gruppen oder Regionen wäre, wird unter den zu erwartenden Bedingungen akzeptabel für das ganze Land sein. Wir setzen auch hier auf Gemeinsinn und Verantwortung – im Regierungshandeln ebenso wie bei engagierten Bürger/innen, die wir in unsere Abwägungen und Entscheidungen einbeziehen werden.

■ Kerstin Kaiser, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag

## Thema:

### Planungsmittel für A100 vorerst gesperrt

Vor Abschluss der Haushaltsberatungen haben sich die Koalitionsfraktionen im Abgeordnetenhaus darauf verständigt, die Planungsmittel für den Weiterbau der A100 von Neukölln nach Treptow zu sperren. Das Vorhaben zur Errichtung des teuersten Autobahnabschnitts Deutschlands, für das der Bund mehr als 400 Mio. Euro ausgeben will, hat damit eine Bremse erhalten. Weitere Gutachten, die im Frühjahr 2010 von der Senatsverkehrsverwaltung erwartet werden, sollen Aufschluss darüber geben, ob die Verlängerung der Stadtautobahn wirklich der geeignete Weg ist, um die vorhandenen Verkehrsprobleme im Südosten der Stadt zu lösen.

### Alle Fraktionen für Anpassung der Diäten

Alle Fraktionen des Abgeordnetenhauses sind sich einig, dass erstmals seit 2001 in Berlin wieder die Diäten der Abgeordneten erhöht werden sollen. Mit Blick auf die riesigen Konsolidierungsleistungen in der Stadt, insbesondere der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, war darauf in den vergangenen acht Jahren genauso wie auf die mögliche Kopplung der Bezüge an die Beamtenbesoldung verzichtet worden. In der Konsequenz erhielten die Berliner Abgeordneten bisher 2.951 Euro im Monat. Das sind etwa zehn Prozent weniger als die Hälfte des Gehalts eines Bezirksstadtrats. Jetzt wollen die Fraktionen das Auslaufen des Solidarpakts im öffentlichen Dienst 2009 zum Anlass nehmen, um die Abgeordnetenbezüge wieder auf den gesetzlich vorgesehenen Stand zu bringen. Die Diäten würden danach ab 1. Januar 2010 monatlich 3.233 Euro brutto betragen. Ab 2011 würde wie in anderen Parlamenten auch eine jährliche Anpassung an den Durchschnitt der Lohnentwicklung des jeweiligen Landes erfolgen. Dies kann, wie in Brandenburg geschehen, auch zu einer Senkung der Diäten führen.

Weitere Argumente siehe [www.zotl.de](http://www.zotl.de) – Mein Einkommen – Diätenerhöhung

# Globaler Klimaschutz braucht auch lokale Lösungen

## Referentenentwurf für ein Berliner Klimaschutzgesetz in der Diskussion

In wenigen Tagen beginnt in Kopenhagen die 15. UN-Klimakonferenz. Vertreter aus mehr als 190 Ländern stehen vor der großen Herausforderung, eine Nachfolgevereinbarung für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zu erarbeiten. Es ist das einzige völkerrechtlich bindende Instrument der weltweiten Klimaschutzpolitik und es wäre ein herber Rückschritt, wenn ein weiteres Mal nur allgemeinpolitische Ziele formuliert würden, ohne einen echten Vertrag mit verbindlichen Festlegungen abzuschließen. In Kopenhagen wird es auch eine Konferenz der großen Städte geben. Hier werde ich Berlin vertreten und die Erfolge der Landespolitik im Bereich des Klimaschutzes darstellen. Denn Berlin ist schon jetzt sehr gut aufgestellt. Die „Green Economy“ wuchs seit 2005 um 20 Prozent. Heute arbeiten etwa 42.000 Menschen in diesem Wirtschaftsbereich. Der Senat hat ein neues Kompetenzfeld „Energietechnik“ geschaffen. Wir werden mit der vollständigen Einführung der Umweltzone ab dem 01.01.2010 auch den CO<sub>2</sub>-Ausstoß aus dem Verkehr weiter verringern. Bei der energetischen Gebäudesanierung ist Berlin vorn. Aber das reicht noch lange nicht aus. Wir können es uns nicht leisten, immer nur auf die Notwendigkeit globalen Handelns zu verweisen. Gerade die westlichen Metropolen müssen ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren und in absehbarer Zeit sogar eine CO<sub>2</sub>-Neutralität erreichen. Dafür benötigt Berlin auch ein

Klimaschutzgesetz, das den besonderen Anforderungen dieser Stadt gerecht wird. Wir brauchen dringende Regelungen zur CO<sub>2</sub>-Einsparung im Gebäudebestand. Entsprechende Vorschriften bilden den Kern des Referentenentwurfs für ein Klimaschutzgesetz, den ich vor der Sommerpause zur Diskussion gestellt habe. Inzwischen gibt es eine umfassende Diskussion um die Angemessenheit einzelner Vorschriften, die Frage, ob die CO<sub>2</sub>-Einsparvorgaben ausreichend sind, und um die Finanzierbarkeit der Regelungen. Dass wir etwas tun müssen, wird nicht infrage gestellt. Und dies ist vielleicht der wichtigste Schritt auf dem weiteren Weg Berlins zu einer Klimaschutz-Metropole. Anfang des nächsten Jahres werde ich den offiziellen Entwurf für ein Berliner Klimaschutzgesetz im Senat einreichen. Bis dahin werden wir die eingegangenen Stellungnahmen der Umweltverbände, Kammern, Unternehmensvereinigungen und Interessenvertretungen auswerten und den bisherigen Entwurf überarbeiten. Es gilt, intelligente technische Lösungen, Fördermöglichkeiten und, wo es sinnvoll ist, auch Ersatzmaßnahmen und Ausnahmetatbestände zu schaffen. Denn am Ende der Debatte muss ein Gesetz stehen, das den vermeintlichen Spagat zwischen Klimaschutz und dessen Bezahlbarkeit auflöst.

■ *Katrin Lompscher, Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz*



Foto: Michael Gaurist

**Der Berliner Umweltpreis 2009** wurde an die BI „Nein zum Kohlekraftwerk“ verliehen. Damit wurde das zivilgesellschaftliche Engagement vieler ehrenamtlicher Mitglieder gewürdigt, die sich in die Debatte über den geplanten Bau eines überdimensionierten Kohlekraftwerks am Standort Klingenberg (Foto) einmischten und gemeinsam mit anderen Vattenfall zum Verzicht auf dieses Vorhaben bewegten.

### Erreichbarkeit der Berliner Mitglieder des Deutschen Bundestages



**Gregor Gysi**  
Wahlkreisbüro  
Brückenstr. 28,  
12439 Berlin

Tel.: 6322-4357,  
Fax: 6322-4358  
gregor.gysi@wk.bundestag.de

### Stefan Liebich

Noch kein Wahlkreisbüro



Tel. und Fax im Bundestag:  
227-73621

stefan.liebich@bundestag.de



**Gesine Löttsch**  
Wahlkreisbüro  
Ahrenshooper  
Str. 5,  
13051 Berlin

Tel.: 9927-0725,  
Fax: 9927-0726  
wahlkreis@gesine-loettsch.de

### Petra Pau



Wahlkreisbüro  
Henny-Porten-  
Str.10-12,  
12627 Berlin  
Tel.: 9928-9380,  
Fax: 9928-9381

petra.pau@wk.bundestag.de



**Halina Wawzyniak**  
Noch kein Wahlkreisbüro

Tel. und Fax im Bundestag:  
227-73107

halina.wawzyniak@bundestag.de



Foto: Annegret Gabelin

„Dem Frieden eine Chance. Truppen raus aus Afghanistan“ – so das Motto einer bundesweiten Abstimmungsaktion gegen die Verlängerung des Bundeswehrmandats für den Krieg in Afghanistan. Mitglieder der LINKEN beteiligten sich an dieser Aktion und forderten Menschen auf Straßen und Plätzen der Stadt – wie hier vor dem JobCenter Lichtenberg – zur symbolischen Stimmabgabe auf.

## Linke Außenpolitik mitgestalten!

### Eine interessante Herausforderung für einen Bundestagsneuling

Nach vierzehn Jahren, in denen ich in der Berliner Landespolitik vor allem Wirtschafts- und Finanzpolitik gestaltet habe, bietet mir die Linksfraktion im Bundestag nun die Möglichkeit, etwas Neues zu beginnen: Außenpolitik. Neben unserem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, dem neuen Hamburger Abgeordneten Jan van Aken, unserem außenpolitischen Sprecher Wolfgang Gehrcke und der Sprecherin für internationale Beziehungen Sevim Dagdelen bin ich zum Mitglied im Auswärtigen Ausschuss bestimmt worden. Wir werden deutlich zu machen haben, dass eine andere, nämlich eine friedliche und am Völkerrecht orientierte Außenpolitik möglich ist, und wie und mit wem diese umsetzbar ist. Unsere Fraktion wird sichtbar machen müssen, dass sie weiß, dass Verträge, die die Bundesrepublik Deutschland geschlossen hat, gelten und dass Institutionen, denen unser Land angehört, nicht negiert werden. Dieses anzuerkennen, bedeutet jedoch nicht, die Hände in den Schoß zu legen. Im Gegenteil, es sind Vorschläge zu erarbeiten, wie wir die UNO demokratisieren wollen, wie die Europäische Union – nun unter Nutzung von Regularien des trotz unserer Kritik in Kraft tretenden Lissabonner Vertrags – sozialer, friedlicher und demokratischer gestaltet werden kann oder wie die NATO in einem Transformationsprozess durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands ersetzt werden kann.

Noch ehe ich in diese praktische Arbeit eingestiegen bin, durfte ich unsere Fraktion in einer Delegation des Bundestages vertreten, die die Bundeskanzlerin Angela Merkel auf ihrer Reise nach Washington zur Rede vor dem Kongress begleitet hat. Neben zahlreichen kritisch zu bewertenden Punkten in ihrer Rede war es wichtig, dass sie an den 9. November nicht nur als Tag des Mauerfalls erinnerte, sondern mit Bezug auf den anwesenden jüdischen Emigranten Professor Fritz Stern auch jenen Tag im November 1938 erwähnte, an dem mit Pogromen das begann, was später in den Zivilisationsbruch der Shoah mündete. Der schwierige Stand des Klimaschutzes in der amerikanischen Politik wurde deutlich, als Frau Merkel die Unterstützung der USA für verbindliche Klimaziele für die Konferenz in Kopenhagen einforderte und Beifall dazu nur von demokratischer Seite kam. Das war ein richtiger Schritt, dem weitere folgen sollten. Denn Partnerschaften, auch die besondere zwischen der Bundesrepublik Deutschland über den Atlantik hinweg zu den Vereinigten Staaten von Amerika, brauchen keine Ja-Sager, sondern klare Worte und wenn nötig Kritik. Da kann die Bundesrepublik mehr und DIE LINKE wird hierfür Vorschläge unterbreiten.

■ *Stefan Liebich, MdB*

## Termine:

6. Dezember  
Tagung und Fest der Frauen  
**Frauenaufbruch '89**

Was wir wollten – Was wir wurden  
Eine Kooperationsveranstaltung von Helle Panke e. V., Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Frauenzentrum Paula Panke e. V., Gesprächspartnerinnen: Astrid Lander, Evelin Wittich, Eva Schäfer, Irene Dölling, Ina Merkel, Bärbel Klässner, Hildegard Maria Nickel, Helga Adler, Christina Thürmer-Rohr  
10 Uhr, Volksbühne, Grüner Salon, Rosa-Luxemburg-Platz, 10178 Berlin

### FEST DER FRAUEN

Walfriede Schmitt und Suse Jank & Band  
Eintritt: 7 Euro, erm. 3 Euro  
20 Uhr, am selben Ort

10. Dezember

Junge Panke

### Hassbrenner, Chaoten, staatsferne Elemente

Extremismuskurs und Feindstrafrecht  
Helle Panke e. V. und Jugendbildungsnetzwerk bei der RLS. Eintritt: 1,50 Euro  
20 Uhr, Haus der Jugend „Bunte Kuh“ e. V., Bernkasteler Str. 78, 13088 Berlin

15. Dezember

Philosophische Gespräche

### Die Gesetze der Natur als Vorbild einer gerechten (neuen) Sozialordnung

Biologismus als Erbstück in der Geschichte der Arbeiterbewegung: Ein „proletarischer“ Ausblick zum Darwin-Jahr.  
Referent: Prof. Dr. Reinhard Mocek  
Moderation: Dr. Matthias Rothe  
Eintritt: 1,50 Euro.  
19 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

17. Dezember

Linkes Asienforum

### Die Lageentwicklung in Afghanistan und die Perspektiven der »neuen« NATO-Strategie

Referent: Prof. Dr. Diethelm Weidemann  
18 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Seminarraum 2, 1. OG, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

23. und 24. Januar 2010

### Konzert des Ernst-Busch-Chores Berlin

Jeweils 15 Uhr, Haus der Wissenschaft u. Kultur der Russischen Föderation, Friedrichstrasse 176–179, 10117 Berlin  
Restkarten zum Preis von 10 Euro am o. g. Ort, Di.–Fr. 14.00–18.00 Uhr, Tel. 20 302 230

## Impressum:

DIE LINKE.

Landesvorstand Berlin

Karl-Liebknecht-Haus

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60

E-Mail: lv@die-linke-berlin.de

V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin

Titel & Gestaltung: WARENFORM

Druck: Druckerei Bunter Hund

Redaktionsschluss: 25. 11. 2009

## Kalenderblatt: Dezember 1989

### Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS

Es ist 20 Jahre her – erst oder schon? – seit im Dezember 1989 der Außerordentliche Parteitag der SED/PDS in Berlin hastig und trotzdem nicht ganz unvorbereitet zusammenkam. Hastig, weil das seit Jahren realitätsferne und überforderte Politbüro der SED eine teils aufgebrachte, teils lethargische Partei hinterlassen hatte, deren Zukunft schnellstens geklärt werden musste. Nicht ganz unvorbereitet deshalb, weil der Arbeitsausschuss, kurzfristig anstelle des flüchtigen Zentralkomitees und des zurückgetretenen Politbüros amtierend, innerhalb weniger Tage zumindest den Versuch unternahm, Geschichte und Bestimmung der SED gemeinsam mit den Delegierten und gegenüber der DDR-Bevölkerung kritisch zu analysieren. Ob dieses Angebot für ein Weiterbestehen der Partei reichen würde, war zu Beginn des Parteitags offen. Wenn die Delegierten die Auflösung beschlossen hätten, wäre sie eingetreten.

In Deutschland hat sich viel verändert seit den beiden Tagungen des Außerordentlichen Parteitags am 8./9. und am 16./17. Dezember 1989. Dabei wird mitunter so getan, als sei die heute notgedrungen respektierte LINKE zuerst das Ergebnis des Großmuts und des Demokratiebestands in

dieser Gesellschaft. Wahr bleibt aber, dass diese sich verändernde Partei sofort erbarmungslos bekämpft wurde. Bis heute bekommt auch DIE LINKE den Vorwurf zu hören, dass sie sich ihrer Vergangenheit nicht stellen würde. Dabei musste sich wohl keine Partei des einstigen Ostblocks so mit der Vergangenheit auseinandersetzen wie die SED/PDS. Weil es nirgends einen Westteil gab, wo man meinte, die Geschichte dieser Partei besser zu kennen als deren Mitglieder. Die SED/PDS hat auf dem Außerordentlichen Parteitag 1989 tastend nach einer anderen politischen Kultur gesucht. Sie begann, sich der eigenen Lage und der im Lande zu stellen, statt sie schönzureden. Sie brach »unwiderruflich mit dem Stalinismus als System«, der Machtmissbrauch lange unbestraft ließ. Es war ein Parteitag der ersten Befreiung aus Selbstlähmung und von der Diktatur eines kleinen Zirkels meist alter Männer. Wenig ist das nicht.

■ Brigitte Zimmermann  
Pressesprecherin des Arbeitsausschusses, der den Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS vorbereitete

# SERVICE

## Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Sonntag, 10. Januar 2010



Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde  
Bringt Blumen mit.